

NEGATIVE INTEGRATION

Bürger in Angst vor den Fremden

Die zunehmende kulturelle Vielfalt verunsichert viele. Folge: Sie wehren Muslime und Armutsflüchtlinge ab. Rechte Sprüchemacher profitieren davon.

VON Klaus J. Bade | 31. Oktober 2013 - 18:15 Uhr

© Arne Dedert/dpa

Fremde Kultur: Eine voll verschleierte Frau in Frankfurt

Es gibt ein Paradox in der deutschen Einwanderungsgesellschaft: Auf der einen Seite wächst Umfragen zufolge die Akzeptanz für die kulturelle und ethnische Vielfalt, die in diesem Land in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist. Gleichzeitig nimmt aber auch die Angst davor zu.

Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man sich die Fragestellungen genauer anschaut. Man nehme zum Beispiel eine Gruppe, die erklärt, dass sie mit dem Mit- und Nebeneinander verschiedener Kulturen ganz gut zurechtkomme, und der Ansicht ist, dass es um die Integration in Deutschland gut bis sehr gut bestellt sei.



© privat

KLAUS J. BADE

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Er begründet sein Konzept der „negativen Integration“ in seinem neuen Buch *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*, Wochenschau Verlag, Schwalbach i. Ts.

Konfrontiert man sie jedoch mit der Gretchenfrage "Nun sag, wie hast du's mit der Religion?", kommen schnell Ängste hoch. Manche, die eben noch von einem problemlosen Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturen sprachen, sagen jetzt, der Islam sei natürlich ein Problem, Muslime blieben einem doch irgendwie fremd.

Die Berliner Kulturosoziologin Naika Foroutan hat diese widersprüchliche Haltung vieler Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft so zusammengefasst: Integration in Deutschland funktioniere, aber "minus Muslime".

Fremdgefühl im eigenen Land

Die Abwehr des Islam und der Muslime ist, von der Ablehnung des politischen Islamismus abgesehen, häufig Ausdruck projizierter Kulturängste. In einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft fühlen sich heute viele Alteingesessene als "Fremde im eigenen Land" – alleingelassen und immer stärker an den Rand gedrängt.

Ein Teil dieser kulturell Irritierten tendiert zu einer negativen Integration: Um sich als Teil der Mehrheitsgesellschaft zu vergewissern, grenzen sie sich von den aus ihrer Sicht

tatsächlichen "Fremden" ab. Dazu dient die – mentale Ersatzgemeinschaften stiftende – Ablehnung einer starken, als anhaltend fremd empfundenen Minderheit, in diesem Fall der muslimischen. Nach dem Motto: Wenn uns als Deutsche schon angeblich nichts mehr verbindet als die Mitgliedschaft in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft, dann wollen wir wenigstens dadurch wieder Geschlossenheit finden, dass wir uns gemeinsam klar darüber werden, was wir jedenfalls nicht sind und nicht werden wollen. Nämlich Mitglieder einer "Scharia-Gemeinschaft".

An die Stelle der eigentlich notwendigen Diskussion über die neue Identität als Einwanderungsgesellschaft tritt damit die rückwärtsgewandte Flucht in eine identitätsstiftende Ersatzdebatte. Die vermeintliche "Bedrohung durch den Islam" füllt die diffuse Leere im Selbstverständnis der angestammten Mehrheit.

Verschärft worden ist dies noch durch die sogenannte Islamkritik, die sich im Schatten und infolge der Sarrazin-Debatte forciert entfaltet hat. Sie hat zu einer explizierten Islamfeindschaft und Skepsis gegenüber "den" Muslimen geführt.

Diese zum Teil kulturrassistische Abwehrhaltung machen sich rechtspopulistische, antiislamische und antieuropäische Parteien und Strömungen zunutze. Sie streben auf Initiative des niederländischen islamkritischen Agitators Geert Wilders nach einer Sammlung aller einschlägigen europäischen Kräfte. Hierzulande versuchen sie gerade, die europakritische Alternative für Deutschland zu unterwandern, die bei der Bundestagswahl nur knapp die Fünfprozenthürde riss, aber demnächst ins Europäische Parlament einziehen dürfte.

In Deutschland gibt es neben Ablehnung von Fremdem und Fremden, neben Kulturanst und Kulturrassismus aber noch ein weiteres brisantes Erbe der Sarrazin-Debatte: die von dem SPD-Politiker in seinem Bestseller *Deutschland schafft sich ab* und zahlreichen Interviews verfochtene und von anderen weitergetragene Verachtung der sozial Schwachen. All das bündelt sich nun in neuen Formen der Fremdenfeindlichkeit gegen Asyl suchende Flüchtlinge aus aller Welt und gegen die europäische Armutswanderung mit starken Anteilen von Roma aus Bulgarien und Rumänien.

Zuerst versuchte in Duisburg die rechtsextremistische Kleinstpartei Pro NRW, aus der Empörung der Bürger im Wohnumfeld eines mit "Zigeunern" überfüllten "Problemhauses" Kapital für ihre Zwecke zu schlagen. In den Tumulten vor einem Übergangsheim für Asylsuchende in einer leerstehenden Schule in Berlin-Hellersdorf skandierten dann von rechtsradikalen Gruppen aufgestachelte Anwohner das Leitmotiv der negativen Integration: "Wir sind das Volk – und nicht die da!"

Auch im kleinen erzgebirgischen Schneeberg zeugten zuletzt beim großen, von der NPD gesponserten "Lichtellauf gegen Asylmissbrauch" solche Sprechchöre von der tiefen

Verunsicherung. Auf einem mitgeführten Schild war zu lesen: "Wir sind Mütter, Väter, Omas, Opas – Bürger in Angst!"

Integration und Aufklärung

Ob die – auch durch einen Bearbeitungsstau hochschnellenden – Asylbewerberzahlen tatsächlich weiter steigen, und ob nach der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Januar 2014 tatsächlich die gefürchteten weiteren EU-Armen aus Bulgarien und Rumänien in ohnehin überlastete Problemviertel der deutschen Städte streben werden, bleibt abzuwarten. Aber die Angst davor geht um. Und sie zieht immer weitere Kreise.

Um ihnen zu begegnen, sind zunächst pragmatische Konzepte auf kommunaler, nationaler und EU-Ebene nötig. Im Asylbereich brauchen wir endlich neue europaweite Lösungen. Alle politischen Verantwortungsträger wissen das, aber sie drücken sich davor, aus Angst vor dem Widerstand in ihren Ländern.

Bei den EU-Armutswanderern geht es um deren Integration durch Qualifikation und Bildung in den Kommunen, besonders der Kinder. Dort, wo es keinerlei Integrationsperspektive gibt, zum Beispiel bei unqualifizierten, berufslosen, nicht alphabetisierten Erwachsenen, gibt es aber durchaus auch die Alternative einer geförderten, freiwilligen Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer. In Hamburg kann man lernen, wie das pragmatisch und geräuschlos geht.

Gefordert ist darüber hinaus Aufklärungs-, Überzeugungs- und Vermittlungsarbeit durch die Politik – anstelle populistischer, alarmistischer Plattitüden insbesondere des amtierenden Innenministers Hans-Peter Friedrich (CSU). Sie steigern nur die Abwehrhaltung. Eine solche verstärkte positive Integration wäre eine vordringliche Aufgabe der neuen Bundesregierung. Noch ist es nicht zu spät. Aber weitere Zeit ist nicht zu verlieren.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-10/fremdenfeindlichkeit-islam-kritik>